



Bündnis gegen Rechts
c/o Carl-von-Ossietzky-Zentrum
Leopoldstraße 23
38100 Braunschweig

buendnisgegenrechts@web.de
www.buendnisgegenrechts.net

Braunschweig, den 12.07.2017

„Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit“

*Offener Brief an Oberbürgermeister Ulrich Markurth
und die Fraktionen im Rat der Stadt Braunschweig (mit Ausnahme der AfD)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 31. Mai 2017 wollten die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Jugendorganisation der extrem rechten NPD, eine „Heldenehrung“ mit Fackelzug zum sogenannten Schill-Denkmal, auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Schillstraße, durchführen. Die Stadt Braunschweig hat mit dem Veranstalter vereinbart, dass es keinen Umzug gibt und dass keine Fackeln zum Einsatz kommen. Eine Durchführung dieser Veranstaltung hat sie nicht untersagt.

Zum Zeitpunkt der geplanten „Heldenehrung“ waren 350 Menschen der Braunschweiger Zivilgesellschaft anwesend, um ihren Protest gegen den Auftritt der Neonazis zu zeigen. Auch die Künstlerin Sigrid Sigurdsson, die die Gedenkstätte im Auftrag der Stadt 1996 konzipiert hatte, war aus Hamburg angereist, um ihre Empörung zu bekunden. Die „Jungen Nationaldemokraten“ erschienen jedoch nicht, gegenüber der Polizei hatten sie, gegen 18:20 Uhr, ihre Veranstaltung abgesagt.

Uns erschreckt dieser Vorfall sehr: Mehrfach wurde in den letzten Monaten die KZ-Gedenkstätte von Neonazis attackiert, beschmiert und beschädigt. Sie steht erkennbar im Fokus der rechten Szene in Braunschweig. Frau Sigurdsson betonte, dass die Konzeption der Gedenkstätte das Schill-Denkmal mit beinhaltet. Das Podest, erreichbar über einige Stufen, dient dazu den Blick auf die Vergangenheit zu lenken und Bezüge herzustellen, zum Militarismus, zum Krieg, zum Völkermord.

Eine „Heldenehrung“ von Neonazis am Schill-Denkmal, das seit 1955 unter der Inschrift „Sie fochten und fielen für Deutschlands Freiheit“ auch die gefallenen Soldaten der Wehrmacht „ehrt“, auf dem Gelände der KZ Gedenkstätte ist ein Affront gegenüber allen Menschen in Braunschweig, die sich der historischen Verantwortung und der Erinnerung verpflichtet sehen. Dies insbesondere, weil der Errichtung der KZ Gedenkstätte Schillstraße bereits jahrelange kontroverse Auseinandersetzungen um die Kranzniederlegungen zum „Volkstrauertag“ am Schill-Denkmal und eine breite gesellschaftliche Debatte über die Formen des Gedenkens in der Stadt Braunschweig vorrausgingen, die noch vielen in Erinnerung ist.

Eine extrem rechte Kundgebung an sich in unserer Stadt ist schon schlimm genug und ruft unseren Protest hervor. Aber ein derartiges Ereignis, an diesem Ort der Erinnerung und Mahnung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, ist eine unerträgliche Provokation und eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus!

Dass die Stadt vor diesem Hintergrund eine Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten“ an der KZ-Gedenkstätte nicht untersagt hat, ist für uns unverständlich. Dabei lässt das Niedersächsische Versammlungsgesetz diese Möglichkeit im Zusammenhang mit der NS-Zeit ausdrücklich zu!

Wir erwarten hier von unserer Stadt künftig eine klare, couragierte Haltung, damit so etwas nie wieder vorkommen kann!

Um den Provokationen und Aktivitäten der Neonazis zu begegnen, brauchen wir nicht nur eine wachsame und engagierte Zivilgesellschaft, sondern auch ein entschiedenes und couragiertes Handeln der Stadt und der Behörden!

An Sie, den Oberbürgermeister, die Ratsfrauen und Ratsherren haben wir einige Erwartungen:

Stehen Sie gemeinsam mit uns und mit den vielen Gruppen, Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft dafür ein, dass Braunschweig ein anderes Gesicht zeigt, wenn es um neonazistische Vorkehrnisse geht.

Beschließen Sie Regelungen und beauftragen Sie die Verwaltung, dass sie dafür sorgt, dass

- **die KZ Gedenkstätte in der Schillstraße vor Anschlägen und Farbschmierereien besser geschützt wird,**
- **„Heldenehrungen“ von Neonazis und anderen rechten Gruppierungen auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte, einschließlich des Schilldenkmals, künftig unterbunden werden,**
- **unter Beteiligung der Expertisen zivilgesellschaftlichen Initiativen und des Regionalbüro Süd/Ost der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie“, ein integriertes kommunales Handlungskonzept entwickelt wird, um den zunehmenden Versuchen von Neonazis und anderen rechten Gruppierungen, durch provokative Aktionen und Strategien der Raumaneignung in der Stadt Fuß zu fassen, entgegenzutreten.**

Helfen Sie uns bei unseren Aktivitäten, das Profil eines weltoffenen, antirassistischen und antifaschistischen Braunschweigs zu festigen.

Sie können auch ganz konkrete Schritte auf den Weg bringen: Ein Antidiskriminierungsbüro für unsere Stadt, eine Meldeadresse für rechte Schmierereien, ein kommunales Unterstützungs- und Beratungsangebot für von rechter Gewalt und Bedrohungen Betroffene und zur Unterstützung von Initiativen gegen Rassismus, Diskriminierungen und Neonazismus, eine verstärkte Kultur der Erinnerung an die Opfer und Verfolgten der NS-Zeit und vieles andere mehr. Wir unterstützen Sie dabei gerne.

Erstunterzeichner/innen:

Angelika Schwarz, Udo Sommerfeld, David Janzen, Hansi Volkmann, Sebastian Wertmüller (für das Bündnis gegen Rechts)

Uwe Fritsch (Betriebsratsvorsitzender Volkswagen Braunschweig)

Sigrid Sigurdsson (Künstlerin)

Den Offenen Brief mitunterzeichnen:

Wer den Offenen Brief mitunterzeichnen möchte, schreibt bitte eine Mail mit dem Betreff "Unterzeichnen" und der Angabe von Nachnamen und Vornamen (und ggfs. Funktion) oder den Namen der unterzeichnenden Organisation/Gruppe/Initiative an: buendnisgegenrechts@web.de